

Wird Brasilien seine Freiheit behaupten?

Antonio Loebmann SJ

„Was geht uns in Deutschland Brasilien an?“ – Auf diese Frage antwortete Bundespräsident Heinrich Lübke nach seiner Rückkehr aus Brasilien: „Die Revolution, die sich kürzlich in Brasilien ereignete, ist zweifelsohne das größte internationale politische Ereignis seit Ende des zweiten Weltkrieges! ... Wenn Brasilien in die Hände der Kommunisten gefallen wäre, würde die freie Welt einen furchtbaren Stoß in ihrer Struktur erleiden. Logischerweise würde das freie und demokratische Deutschland angesichts eines Ereignisses von solcher Tragweite in seinen Geschicken Gefahr laufen. So erkennen wir, daß die siegreiche Revolution in Brasilien für die freie Welt Erleichterung und Sicherheit bedeutet und zum Fortschreiten im Kampf gegen die rote Tyrannei einlädt.“ Treffender kann man wohl kaum die Bedeutung der Vorgänge in Brasilien kennzeichnen.

Von und über Brasilien sprechen ist schwer. Brasilien ist kein „Land“. Es ist ein Länderkomplex, mit den geographischen Unterschieden eines Kontinents: Klima, Landschaft, Bevölkerung, Wirtschaft und Bebauung. Kulturen von der Steinzeit über die Erfindung des Rades bis zur modernsten, schon dekadent anmutenden Zivilisation, soziale Unterschiede vom Halbsklaventum bis zur arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung unserer Tage, die in einem Betrieb Arbeitgeber und Arbeitnehmer eint, dies alles „koexistiert“ nebeneinander. Nur ein Beispiel: Die VARIG – die erste brasilianische Handelsflug-Gesellschaft, eine deutsche Gründung, hat ihre Funktionäre zu ihren Aktionären gemacht und so von sich aus das Problem der Teilnahme an Direktion, Gewinn und Risiko gelöst.

Man spräche also besser von den Vereinigten Staaten von Brasilien als schlecht-hin von Brasilien, obwohl es diese Einheit auch wieder gibt, als einigenden Grund, als Nation, als von den Brazilianern erlebter Wert – ein kleines demopolitisches „Wunder“ in Anbetracht der rassischen Unterschiede und der territorialen Ausdehnung. Es wird notwendig sein, sich das zum Verständnis der folgenden Ausführungen vor Augen zu halten: es sind zwölf „Brasilien“ – Nord-Nordost-Centro und Süd mit jeweils Küstenstreifen, Hinterland und „fernem“ Westen. Eine Brasilien feindliche Presse und der Film macht aus Brasilien eine tragische Alternative zwischen moralischem Tiefstand mit Luxus in „Buates“ und materiellem und moralischem Elend der Elendsviertel, ohne jemals das gesegnete brasilianische Hinterland zu erwähnen, das sich in zeitlichem und geistlichem Wohlstand europäischen Verhältnissen nähert oder sie übertrifft, und das man das eigentliche Brasilien nennen könnte.

So leuchtet es auch ein, wie gefährlich es ist, von Problemen „Brasiliens“ zu sprechen, sie zu diskutieren und Lösungen vorzuschlagen, ohne klarzustellen, welches von den zwölf Brasilien gemeint ist. Was für die hoch- und überentwickelten Kulturzonen gilt und Fortschritt sein kann, ist unanwendbar auf die unentwickelten Gebiete. Der Übergang zu höheren Kultur- und Zivilisationsstufen ist nicht das Werk von wenigen Jahren und noch viel weniger von einigen Monaten, wie er das auch nicht in heute hochentwickelten Ländern war.

Die politische Ausbeutung des Elends und seine systematische Übertreibung in Wort, Schrift, Film und Theater wird von kommunistischen und sozialistischen Kreisen betrieben, um die Unfähigkeit des demokratischen Regimes zu beweisen, Unzufriedenheit zu schüren und das Volk und die öffentliche Meinung für die Annahme des kommunistischen Systems vorzubereiten, bis zur blutigen Revolte. „Die Revolution muß kommen“, wird dem Volk eingehämmert, und sogar Christen lassen sich täuschen und sagen: dann müssen eben wir die Revolution machen, eventuell auch blutig – und enden, ohne es zu wissen und zu wollen, im kommunistischen Gleise!

Zum Verständnis der Vorgänge in Brasilien wird es auch nötig sein, etwas über das brasilianische Militär vorzuschicken. Auf Grund seines Volkstemperaments und seiner Geschichte gibt Brasilien seinen Waffen, vor allem seinem Offizierskorps, ein eigenes nichteuropäisches Gepräge, in Bildung und Disziplin, unter Beibehaltung zivilen Denkens. Das Militär fühlt sich als integrierenden Teil des Volkes, berechtigt und verpflichtet zur positiven Teilnahme am Bau der Nation. Um die Schatten einer engen Berufsauffassung im Sinn des „Waffenhandwerkes“ auszuleuchten, erhielt das brasilianische Heer (Heer, Luftwaffe und Marine) über Frankreich von den USA die treffliche Einrichtung der „Höheren Kriegsschule“ (Escola Superior de Guerra). Diese besteht aus einem Jahreskurs, der bei den Teilnehmern Universitätsbildung vorausgesetzt und an dem Autoritäten aller Wissenszweige, Militärs wie Zivilisten, Vorträge halten. Der Leiter ist hoher Offizier. Die Teilnehmer sind Militärs und ausgewählte Zivilisten. Marschall Humberto Castelo Branco war Teilnehmer und später Direktor des militärischen Sonderdepartements dieser sogenannten militärischen „Sorbonne“. Außer dem praktischen Nutzen einer solchen Anstalt verdient die nicht alltägliche Tatsache Beachtung und Lob, daß dort Zivilisten und Militär einträchtig zusammenarbeiten. So wird man auch die Rolle des brasilianischen Militärs bei den letzten Ereignissen verstehen und würdigen.

Brasilien gestern

Was klarsehende Beobachter innerhalb und außerhalb Brasiliens seit August 1961 erkannten, als Präsident Jânio Quadros sein Amt verließ, ist heute durch die inzwischen eingeleiteten Untersuchungen schreckensvolle Evidenz geworden: die

brasilianische Regierung war eine traurige Synthese von Inkompetenz, Korruption und Umstürzbewegung.

Administrative Inkompetenz brachte Brasilien nicht an den Rand des wirtschaftlichen Ruins, sondern stürzte es, wie Präsident Castelo Branco seine Landsleute wissen ließ, in den Abgrund der Inflation mit all ihren schweren Folgen der Geldentwertung und eines scheinbaren Wohlstands, der sein wahres Gesicht in steigender Volksverarmung, sinkender Produktion und wachsender Unzufriedenheit drohend zeigte. Und das in einem Land vom Reichtum Brasiliens, praktisch unberührt von den Schrecknissen des Krieges! Die Unfähigkeit der Regierung stürzte Brasilien in eine wirtschaftliche Katastrophe; und Kreise, die Einfluß und Sachkenntnis hatten, ersannen einen Plan (*Aliança para o progresso*), der das Land, ähnlich wie der Marshallplan Deutschland, retten sollte.

Armando Câmara, Professor für Philosophie aus dem Staate Rio Grande do Sul und seinerzeit Rektor der katholischen und staatlichen Universität, der in ganz Brasilien bekannt ist und als Senator 1955 die meisten Stimmen erhielt, richtete an all jene Intellektuellen, die sich noch für das Geschick Brasiliens verantwortlich fühlten, einen Apell, worin er schrieb: „Brasilien ist heute ein Mosaik anarchischer Zersetzung und vorrevolutionärer Spannungen. Marxisten und Parteileute haben uns mit ihrer Technik des Umsturzes in eine sozial-politische Lage gebracht, die zwischen Krankheit und Tragik schwankt und das Land zu einem Tummelplatz von Widersprüchen macht. Zwischen Anarchie und Revolution ist unser staatliches Leben zu einem Durcheinander geworden, eher das Ergebnis von Verbrechen als von Irrtum, eher von Verrat als von innerer Überzeugung, eher von politischen Täuschungsmanövern als von Massenwahn.“

Das Versagen der Verwaltung wurde womöglich noch verschlimmert durch deren Politisierung. Die leitenden Ämter wurden durch gefügte Mitglieder der Regierungsparteien, der brasilianischen Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Partei, besetzt, durch deren Koalition Gétulio Vargas seinerzeit soziale und wirtschaftliche Gegenpole unter seiner Leitung und zur Festigung seiner Stellung geeint hatte. Darüber hinaus wurde die Zahl der Beamten ins Unermeßliche vermehrt, teilweise bis zu völliger Erschöpfung des entsprechenden steuerlichen Aufkommens. Die unausbleibliche Folge war – und ist es zum Teil noch –, daß sich in allen staatlichen und verstaatlichten Betrieben ein ungeheures Defizit einstellte: bei der Bahn und im Schiffahrtswesen, bei den Erdölanlagen und bei den Wohlfahrtseinrichtungen, bei der Energieversorgung und im Nachrichtenwesen. Die Haushaltspläne wiesen ein astronomisches, vorausgesehenes und trotzdem ungedecktes Defizit auf, und jeder Fortschritt wurde durch das unübersehbare Heer der Beamten verhindert. Dafür ein Beispiel: bei einer Kommission für den sozialen Wohnungsbau gingen von den dafür angesetzten 500 Millionen Cruzeiros 90 % in die Gehälter der Beamten und nur 10 % wurden für den wirklichen Wohnungsbau verwandt. Manche Stadtverwaltungen bringen gerade genug Steuereinkommen auf, um ihre Beamten-

schaft zu bezahlen. Und während Industrie und Handel ihre Transporte mehr und mehr auf die Straßen verlegten, was mit großen Kosten verbunden ist, sanken die wesentlich billigeren Schiffstransporte mehr und mehr bis zur Verödung der Fluß- und Meereshäfen. Umgekehrt erreichten die Löhne der Schiffsmannschaften und der Hafenarbeiter, der treuesten und ergebensten Wählerschaft der Regierungsparteien, die Höhe der Gehälter hoher und höchster Beamter.

Auf kaum einem anderen Gebiet zeigte sich die Unfähigkeit der Verwaltung drastischer als in der Erziehungsfrage. Es steht fest, daß Brasilien mit seinen Ausgaben für die Universitäten prozentual an einer der ersten Stellen in der Welt steht, in seinen Ausgaben für das Volksschulwesen rangiert es gerade noch vor der Mongolei und drei andern Ländern. Nur so ist die schleppende Überwindung des Analphabetentums zu verstehen.

Aber das wirtschaftliche Chaos Brasiliens war ganz im Sinn des Regimes: es sollte allen zeigen, daß das demokratische System nichts taue und durch das sozialistisch-kommunistische ersetzt werden müsse. So war der wirtschaftliche Niedergang Brasiliens nicht ein Zeichen für die Unfähigkeit des Volkes, sondern eine Folge der systematischen Ausmerzungen aller Fachleute. Ein Beispiel dafür ist Prof. Carvalho Pinto. Nach einer ausgezeichneten Amtsführung als Gouverneur von S. Paulo, des bestentwickelten Staates von Brasilien und eines der fortschrittlichsten der Welt, wurde er zur allgemeinen Zufriedenheit von João Goulart zum Finanzminister ernannt. Wenige Monate später legte er aus Gewissensgründen sein Amt nieder, das er in dieser Regierung nicht so ausüben konnte, wie er es für seine Pflicht hielt.

Die Hauptquelle für den Reichtum eines Landes besteht in seiner produktiven Arbeit. Diese erfordert Arbeitsmöglichkeiten, die das Kapital in der Industrie erschließt. Das Kapital kommt entweder aus dem eigenen Land oder von außen. Beide Quellen verschüttete die Unfähigkeit der Unglücksregierung João Goulart. Die unsichere innenpolitische Lage war schuld an einer Kapitalflucht, die die Höhe jener Summe erreichte, die die Vereinigten Staaten dem ausgebombten Deutschland zur Verfügung stellten. Das Ausland konnte natürlich Brasilien nicht mehr Vertrauen schenken als die Brasilianer selbst und hielt sich mit Investitionen größeren Ausmaßes immer mehr zurück. Dazu kam die Enteignung privater, ausländisch finanzierter Unternehmungen ohne genügende Gegenleistung, wodurch Brasilien der unentbehrlichen ausländischen Kapitalhilfe vollständig beraubt wurde. Das Hilfesuch bei kommunistischen Ländern erwies sich als schädlich, da die Verträge nicht gehalten wurden.

Das wirtschaftliche Chaos wurde vergrößert und „konsolidiert“ durch nicht endende politische Streiks, die, von der Regierung begünstigt, wenn nicht organisiert, in innigem Einverständnis mit „regierungstreuen“ Gewerkschaften unter der Leitung nationaler und ausländischer Kommunisten durchgeführt wurden. Ihr Zentralorgan war das berühmte CGT, oder „Commando Geral dos Trabal-

hadores“ – Generalkommando der Arbeiter, das über die Regierung mehr Einfluß hatte als der Kongreß und der Senat. Der Weg von der Beherrschung der Wirtschaft zur Machtergreifung im gesellschaftlichen und politischen Raum war offen. Nur mehr ein Schritt war nötig, und der sollte am 1. Mai 1964 getan werden.

Das zweite, wodurch die Regierung Goulart Brasilien an den Rand des Abgrunds führte, war die Korruption. Was Eingeweihte schon lange wußten und die öffentliche Meinung ahnte, haben zuverlässige Untersuchungen nicht nur bestätigt, sondern in beschämender Weise aufgedeckt: eine Korruption, die manchen größer scheint als die gut organisierte Umsturzbewegung. Der Mißbrauch der Autorität und der Geldmittel in öffentlichen Ämtern war grenzenlos und gewissenlos. Die Selbstbereicherung der höchsten Beamten bis zum Bundespräsidenten, seiner Familie und seiner Freunde, die sich „Freunde des Volkes“ und der Armen nannten, ist unvorstellbar. Von der Revolution überrascht, hatte die damalige Regierung nicht mehr Zeit noch Gelegenheit, die Spuren ihrer Selbstbereicherung zu verwischen. Noch sind die Untersuchungen nicht abgeschlossen. Was aber an die Öffentlichkeit gedrungen ist genügt, um sich ein blasses Bild der Wirklichkeit zu machen. Goulart trat seine Regierung an mit einem Besitz von ca. 1500 ha, um es in wenigen Jahren auf Ländereien von ca. 800 000 ha zu bringen, und mit den Ländereien auf Tausende von teuren Viehbeständen. Sein Schwager Brizola besaß luxuriöse Wohnungen, in deren Verstecken Juwelen im Wert von 100 Millionen Cruzeiros vergessen wurden oder die man nicht mehr retten konnte. Es gab Politiker, die es bedauerten, wenn es in der Trockenzone regnete; denn dann half die Regierung nicht mit Billionenbeträgen, die sich hatten abbiegen lassen. Pensionierte oder heute abgesetzte Beamte aus dem Mittelstand führen heute im Ausland ein luxuriöses Leben. Das Geld des Volkes wurde in den Ministerien, in den Gewerkschaften, von denen die Zeitung fast täglich berichtete, vergeudet. Man bereicherte sich selbst und man bereitete den Umsturz vor. Millionen und aber Millionen flossen in die Kassen der Arbeiter-, Studenten- und Soldaten-Organisationen, wie heute an Hand von Unterlagen feststeht.

U m s t u r z

Der wirtschaftliche Ruin und die Unzufriedenheit weiter Kreise der Gesellschaft sollten den Boden für einen Umsturz bereiten: „Das demokratische Regime löst nicht die Probleme Brasiliens, trotz dem ‚besten‘ Willen der Regierung!“ – „Reformen von Grund auf“ – „Reform der Konstitution!“ – „Legalisierung des Rates der Syndikate!“ – „Legalisierung der Kommunistischen Partei!“ – „Agrarreform!“ (durch entschädigungslose Enteignung). Das waren Losungen, die die von weither zusammengetrommelten „Arbeitermassen“, nicht mehr als 160 000, am 13. März 1964 unter dem Schutz von Panzern, Maschinengewehren und starkem Militäraufgebot auf Spruchbändern trugen. Nach geltenden Gesetzen durfte zu jener

Stunde und an jenem Ort keine Volksversammlung veranstaltet werden. Aber der Bundespräsident João Goulart setzte mit Gewalt seinen und seiner kommunistischen Ratgeber Willen durch. Jener 13. März sollte der Todestag der brasilianischen Republik sein, die am 1. Mai als „brasilianische Volksrepublik“ – nach dem Muster Kubas – auferstehen sollte. Das war der alte Traum jenes „Jango“, den zu Getúlio Vargas' Zeiten die Militärs als Arbeitsminister deswegen stürzten.

Alles war gut vorbereitet. Das war der allgemeine Eindruck, verbunden mit Bestürzung bis zu hoffnungslosem Pessimismus. Man muß diese drei Monate, Januar, Februar und besonders März 1964, in Brasilien gelebt haben. „Nur ein Wunder kann uns noch retten!“ Das war die Ansicht aller, die noch etwas von Recht und Gerechtigkeit hielten. Die Ministerien waren in den Händen regierungshöriger Roter, ebenso die Presse, Post, Telegraf, Rundfunk und Fernsehen, Treibstoffe, Eisenbahn und Schifffahrt. Die Arbeiter waren in ihrer großen Mehrheit in kommunistisch geleiteten Gewerkschaften organisiert und von z. T. ausländischen Revolutionstechnikern (chinesischer Richtung) geschult. Die Soldaten, vom Sergeanten abwärts, wurden als „uniformierte Arbeiter“ erklärt und als solche in die Gewerkschaften eingegliedert. Ein von Heer und Luftwaffe unternommener Putsch in der neuen Bundeshauptstadt Brasilia konnte unterdrückt werden, die Aufrührer kamen aber straflos weg, amnestiert vom Präsidenten. Ein anderer Aufstand, von Marinefüsilieren unter dem Schutz des Marineministers ausgeführt, war gefährlicher. Auch dieser endete mit allgemeiner Amnestie. Die Disziplin in den verschiedenen Waffengattungen war schwer bedroht, allerdings mehr durch die Obrigkeit als durch die Untergebenen.

Die Studenten und die Schüler waren zum größten Teil in ihren Vereinigungen unter kommunistischer Führung organisiert, die ihrerseits der internationalen kommunistischen Führung in Prag und Moskau untergeordnet war. Es gelang so zum guten Teil, die Schüler aller Grade von den Familien und den Schulen zu trennen, wie auch Eltern und Lehrer durch die Schüler auf die kommunistische Seite zu locken. Kurz vor dem Sturz der Regierung Goulart veröffentlichten die Zeitungen eine Erklärung der Intellektuellen Brasiliens, in der sich diese als „Geistesarbeiter“ in die Revolutionsfront einreichten. Darunter sind bekannte Namen zu finden. Schließlich taten sich auch die Frauen der kommunistischen Führer zusammen, der Politiker, der Intellektuellen und einiger Militärs. Der brasilianische Kommunistenführer Luiz Carlos Prestes brüstete sich in einem Fernsehprogramm sogar mit Anhängern aus dem Klerus.

Die Propaganda lief mit allen Mitteln auf Hochtouren. Fast Tag und Nacht, immer und überall war man dem psychologischen Trommelfeuer angesetzt, „die Gewalt ist schon in unseren Händen. Wir brauchen nur noch die Regierung zu übernehmen“. Damit versuchte man Kleinmütige gänzlich zu verschüchtern. Nach anderwärts bewährtem Muster wurde unter der Leitung des hitzigen Schwagers des Präsidenten „Jango“, Leonel Brizola, die rohe Gewalttätigkeit durch die Bil-

dung von „Elfergruppen“ organisiert, kleine Stoßtrupps von Fanatikern, die zu allem auch unter Todesandrohung bereit sein mußten. Jede Gruppe hatte ihren Führer und ihre Aufgabe: besetzen, gefangennehmen, auch „umlegen“, besonders im Fall des Mißlingens der roten Revolution, ohne Gnade, ohne „Sentimentalität“. Die überraschende „weiße Revolution“ brachte die Listen der Gruppen wie auch die ihrer Opfer ans Licht.

Eine Revolutionsmaschinerie ohnegleichen, wissenschaftlich durchdacht, durch viele erfolgreiche Versuche erprobt, stand bereit, um auf ein friedliebendes, eher zur Freude neigendes und gutgläubiges Volk losgelassen zu werden. Aber die Revolutionsmacher kannten die Brasilianer schlecht und begingen schwere psychologische Fehler, die alles scheitern ließen. Das Volk Brasiliens hatte seinen guten Sinn bewahrt: seine Liebe zur Freiheit war größer als seine Liebe zum Frieden! Seine Geduld hatte schließlich ihre Grenzen, besonders als es Gewalt spürte! Die offensichtlichen Lügen und Widersprüche der kommunistischen Propaganda zur Aufrichtung des Paradieses fanden auch bei sogenannten Analphabeten kein Verständnis. Die gegen die Regierung gerichtete Propaganda wurde zwar von der Regierung soweit wie möglich geknebelt – sogar eine Rundfunkbotschaft des „Kardinals des Widerstandes“ von Rio de Janeiro, D. Jaime de Barros Câmara, wurde verboten, aber trotzdem blieb sie nicht ohne Erfolg.

Schon Monate vorher hatte im Staat Minas Geraes die Abhaltung eines kommunistischen Meetings zu öffentlichem Massenprotest geführt. Wenige Wochen später wollte sich der künftige „Fidel Castro Brasiliens“, Leonel Brizola, mit der Veranstaltung einer sozial getarnten Volksversammlung, auf der bekannte Kommunisten reden sollten, rächen. Instinktiv merkte das Volk, meist einfache Menschen, daß es dabei um seine Freiheit, um seine Religion, um seine Familie und um sein Vaterland ging, und mit einem heiligen Zorn vereinten sich Frauen, dann auch von ihren Männern unterstützt, mit dem Rosenkranz in der Hand und ihn laut betend, und jagten Brizola und dessen Gefährten buchstäblich in die Flucht. Die mit Maschinengewehren bewaffneten Marinefusiliere, die ihm der Kriegsminister gegeben hatte, konnten ihm nicht helfen. So geschehen in Belo Horizonte, Hauptstadt von Minas Geraes, am 25. Februar 1964.

Etwas Ähnliches ereignete sich am 19. März in São Paulo. Dort waren am Abend des 13. März einige Mitglieder einer Caritasgruppe, darunter auch Krankenschwestern, zusammengekommen. Unter dem Eindruck der vom Rundfunk übertragenen „Volksversammlung“ in Rio schlug Schwester Ana de Lourdes einen Sühneakt vor. João Goulart hatte in seiner Rede abfällige Bemerkungen über den Rosenkranz gemacht und das Volk nahm ihm das sehr übel. Ehrfurcht und Liebe zur Mutter, und gar zur Gottesmutter, ist in Brasilien ganz allgemein absolute Ehrensache. Die Anregung der Schwester Ana wurde von den wenigen Anwesenden begeistert aufgenommen, und am 19. März, dem Fest des hl. Joseph, sollte auf dem riesigen Hauptplatz S. Paulos der Gottesmutter Sühne in Form einer Kundgebung

geleistet werden. Man mobilisierte katholische wie auch andere christliche Vereinigungen zu einem „Marsch der Familie mit Gott für die Freiheit“, und am 19. März bekannten 600 000 Menschen in voller Freiheit und Ordnung ihren Glauben an Gott und an ein freies Vaterland, und man brauchte dazu weder den Schutz von Waffen, noch das Eingreifen der Polizei. Etwas vom Geist jener Versammlung ist aus den Schlußworten der feierlichen Proklamation der brasilianischen Frauen von S. Paulo zu spüren: „Diese Nation, die Gott uns gab, groß und wunderbar wie sie ist, läuft höchste Gefahr. Wir erlaubten, daß Männer von unbegrenztem Ehrgeiz, ohne christlichen Glauben und ohne Skrupel, unser Volk ins Elend stürzten, sie ruinierten unsere Wirtschaft, störten unseren sozialen Frieden und säten Haß und Verzweiflung. Sie haben unser Land, unsere Kirchen mit Dienern des Totalitarismus durchsetzt, der uns fremd ist und alles zerstört. Mutter Gottes, behüte uns vor dem Schicksal und dem Schmerz der unglücklichen Frauen von Kuba, Polen, Ungarn und anderen versklavten Ländern!“ In den meisten großen Städten Brasiliens folgten die Frauen dem Beispiel der Frauen São Paulos mit ähnlichen „Märschen der Familie mit Gott für die Freiheit“. Auf Goularts Wort, der Rosenkranz helfe nicht zur Lösung sozialer Fragen, antwortete das Volk: „Jedenfalls hilft er, uns vor dem gottlosen und unmenschlichen Kommunismus zu bewahren.“

Wir haben Ursprung und Zweck dieser religiösen Volksbewegung nicht ohne Grund mit aller nur möglichen Klarheit herausgestellt; denn es fehlte nicht an Versuchen, sie als „kapitalistisch“ und als „Mißbrauch der Religion“ herabzusetzen. Von diesem kommunistischen Manöver ließen sich leider auch katholische und klerikale Kreise beeinflussen. Aber das Volk ließ sich in seinem untrüglichen Instinkt nicht beirren. Auch Drohungen und Anwendung von Gewalt gegen diese Volkskundgebungen waren erfolglos und erbitterten die öffentliche Meinung nur noch mehr. Man sagte: „Die Brandstifter können unter polizeilicher und militärischer Bedeckung frei arbeiten, aber die Feuerwehr steckt die Regierung ins Gefängnis.“ Ein befreiender starker Wind ging durch Brasilien. Es war ein Erwachen, noch zeitig genug, um den schon glimmenden Brand zu löschen. Vielleicht hat eine gewisse natürliche Primitivität die Feinfühligkeit für Gefahr und Rettung begünstigt. Es war eine rechte Volkserhebung, ein Massenprotest gegen den Versuch, dem Volk sein Liebstes zu nehmen: seine Freiheit, seine Religion, seine Familie und sein Vaterland. Es war wie ein „Naturereignis“, das in Minas Gerais, aus dem auch der Held der brasilianischen Unabhängigkeitsbewegung, Tiradentes, stammte, aus dem Volke aufbrach.

Dieser „Tatsachenbericht“ könnte mehr oder weniger „gefärbt“ erscheinen. Aber kein anderer als der neue Bundespräsident Marschall Castelo Branco betonte in Fernsehsendungen an die Vereinigten Staaten wie auch an Deutschland: „Erst als das Volk schon auf der Straße war, folgte ihm das Heer!“ Und Marschall Odílio Denis läßt keinen Zweifel: „Was uns (den Ministern des Heeres, der Marine und der Luftwaffe) im August 1961 nicht möglich war – die Amtseinsetzung João Gou-

larts zu verhindern zum Besten Brasiliens – weil uns der Widerhall im Volke fehlte –, diesmal war es möglich, den (unfähigen) Präsidenten abzusetzen, weil das Volk es ganz offenlichtlich wollte.“ Nach der brasilianischen Verfassung ist es Aufgabe des Heeres, dem Volk Ordnung, Sicherheit und Gesetz zu garantieren. Die höchsten Militärs hatten mehr als einmal João Goulart auf sein verfassungswidriges Vorgehen mit Freimut aufmerksam gemacht, er wollte sie nicht hören und hat die unliebsamen Mahner wie Admiral Heck, General Bevilacqua verfolgt und ließ sie sogar inhaftieren.

Der Ex-Präsident blieb unbelehrbar. Auch einige Zivilisten, Männer des Parlaments, des Senats und der Kammer warnten ihn. Aber er hörte lieber auf seine rote Umgebung, die er selbst geschaffen hatte. Aber man kann das Parlament als ganzes nicht von Schuld frei sprechen. Es wäre seine Pflicht gewesen, die gesetzlichen Maßnahmen gegen einen die Verfassung verletzenden Präsidenten anzuwenden, auch wenn er dem Volk gegenüber noch ein gewisses Prestige vorschützte, das ihm bis zuletzt hohe kirchliche Würdenträger als der rechtmäßigen Obrigkeit bezeugten.

So nahm das Militär die Sache in die Hand. In kaum 24 Stunden hatten sich die Generäle mit den Präsidenten der wichtigsten Staaten zusammengefunden und setzten Goulart ab. Es kam zu keinem Blutvergießen, alles ging sehr schnell, da sich die Regierung und ihre Anhänger ihres Sieges vollkommen sicher waren und in ihrer Überraschung keinen Widerstand versuchten. Goulart hörte nicht auf den Rat seines Schwagers Leonel Brizola und beugte sich der Einsicht, daß seine Sache verloren war. Auf einer Pressekonferenz, die der Gouverneur von Guanabara in Paris hielt, konnte er darauf hinweisen, daß die brasilianische Revolution weder Guillotinen noch Erschießungswände (in Kuba: paredônes) noch Galgen aufgerichtet habe.

Eine gewisse Linkspresse will die Welt glauben machen, daß es sich bei der brasilianischen Revolution um einen Putsch ehrgeiziger, reaktionärer Militärs gehandelt habe, die sich gegen jeden Fortschritt auf sozialem Gebiet gesträubt hätten. Das ist nach dem eindeutigen Zeugnis der Dokumente nicht der Fall. Vielmehr sollten wirtschaftlicher Ruin und Bestechung Brasilien zu einem Opfer des Kommunismus machen. Daß dies nicht gelungen ist, daß vielmehr Brasilien wieder den Weg zu Recht und Gesetz eingeschlagen hat, ist allein der Revolution vom April 1964 zu verdanken.

Freilich ist die große nationale Frage erst noch zu lösen: die soziale Gerechtigkeit. Es gibt in Brasilien große Unterschiede: der Kultur, der Wirtschaft, der sozialen Stellung. Es wäre zu vereinfacht zu behaupten, all diese Unterschiede seien ungerecht. Gerade in Brasilien, wo der Initiative und Energie des einzelnen noch große Möglichkeiten offenstehen, können große Unterschiede entstehen, die noch nicht ohne weiteres als „ungerecht“ bezeichnet werden können. Aber es kann kein

Zweifel sein, daß in Brasilien Wohlstand und Reichtum auch auf weniger korrekten Wegen, ja durch Gewalt und Unrecht zustandekamen. Hier gilt es anzusetzen, auf dem Weg gesetzlicher Maßnahmen und nicht willkürlicher Gewalt.

Fragen an die Zukunft

Da die brasilianische Revolution nicht eigentlich explosiv war, wie sonst Revolutionen gewöhnlich sind, ist es schwer vorauszusagen, wohin diese Revolution schließlich führen wird. Ihre Ziele waren und bleiben klar: Rückkehr zu Gesetz und Ordnung, Befreiung von der drohenden Gefahr der Bolschewisierung, das Absetzen einer Regierung, die daran war, Brasilien zu seinem eigenen Unglück und zum Schaden der ganzen demokratischen Welt an den gottlosen Kommunismus zu verraten. Dieses erste und wesentliche Ziel ist erreicht. Jetzt handelt es sich darum, ob die neue Regierung stark genug ist, die Fragen zu beantworten und die Probleme zu lösen, die sich allenthalben nach innen und außen erheben. An dem guten Willen und der Fähigkeit der Regierung Castelo Branco besteht kein Zweifel. Zehn Monate ruhigen und festen Handelns beweisen das.

Eine Menge solcher Fragen drängen sich auf: Wird die Regierung die Versuche der Rückkehr zur Subversion niederschlagen können? Ausgewiesene und geflohene rote und rötliche Brasilianer planen dem Vernehmen nach im nahen Uruguay eine kommunistische Invasion. Da es der Regierung widerstand, die Korruption mit Gewalt zu beseitigen (die korrupten Elemente „umzulegen“), bleibt ein gewisser Hang zur Anarchie bestehen. Die Regierung hat eindeutige Beweise der „Austerity“ gegeben; doch in andern Punkten hat sie sich zu nachgiebig gezeigt und ihr Ansehen kompromittiert. So hat es im Volk böses Blut gemacht, daß die Besoldung für Armee und Parlament bedeutend erhöht worden ist. Wird die Regierung zwischen zu hart und zu weich die Mitte zu halten wissen? Es spricht für sie, daß man ihr beides vorwirft.

Eine weitere schicksalhafte Frage: Wird die Regierung stark genug sein, dem unmenschlichen Räuberkapitalismus das Handwerk zu legen? Als die Einführung des Kommunismus vor der Tür stand, wurden die Kapitalisten in Handel und Industrie, die Grundbesitzer und Viehzüchter sehr kleinlaut und bescheiden. Nun, wo die Gefahr gebannt ist, werden die meisten damals gemachten Versprechungen vergessen. Doch Castelo Branco führt mit fester Hand die in Aussicht gestellten Reformen, vor allem die Landverteilung, durch. Weiter: wird es der Regierung gelingen, die Preistreiberei niederzuhalten? Wird sie die tatsächliche Beobachtung der Steuergesetze durchsetzen können und so den hohen Übergewinnen begegnen können? Der Steuerbetrag steigt auf unheimliche Summen.

Um auch den Schein einer Diktatur zu vermeiden, ließen die Militärs die Parlamente bestehen und ziehen sie Zivilisten zur Mitarbeit an der Regierung heran. Die Frage ist aber, ob sie in ihnen nach all den Jahren des Schlendrians und der

Korruption wirklich zuverlässige Mitarbeiter gewinnen. Denn es gilt, den Versuchungen der Verwaltung eines reichen Landes zu widerstehen. Das aber geht nicht ohne Erziehung zu Moral und Vaterlandsliebe, an der es in der Vergangenheit allzuoft gefehlt hat. Dafür wird die Regierung den Mut zur Unpopularität aufbringen müssen gegenüber einem von Demagogen verwöhnten Volk; unbekümmert um den Lügen- und Verleumdungsfeldzug der roten und rötlichen Weltpropaganda, in die möglicherweise selbst Katholiken mit einstimmen. In den kurzen Monaten seiner Amtswaltung hat Castelo Branco eine weise (fast möchte man sagen „unmilitärische“) Maßhaltung, eine ruhige Festigkeit und Treue zu den christlich-demokratischen Prinzipien an den Tag gelegt, die Brasilien und der Welt Grund zu Hoffnung und Zuversicht geben.

Brasilien kann die Lösung aller anstehenden Fragen nicht allein finden, da es wirtschaftlich vorerst schwach ist. Es braucht die Unterstützung von außen, eine finanzielle Unterstützung, aber auch eine moralische; denn es hat auch seinerseits der Welt einen Dienst geleistet, indem es verhindert hat, daß sich der Kommunismus des größten Staates des lateinamerikanischen Kontinentes bemächtigen konnte.

Um eine bessere Vermögenspolitik

Felix zu Löwenstein SJ

Am 5. November 1964 hat die Bundesregierung den Entwurf für ein „Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer“ vorgelegt. Da es sich bei diesem Entwurf um eine Maßnahme handelt, der eine weitreichendere Bedeutung zukommt als manchen anderen sozialpolitischen Gesetzen, sei versucht, hier auch für solche, die mit der Materie weniger vertraut sind, kurz darzulegen, worum es bei diesem Gesetzentwurf eigentlich geht und was von den verschiedenen Einwänden zu halten ist, die im Lauf der Diskussion vorgebracht wurden oder noch werden.

Das Problem

Einer der Züge, die unsere heutige Wirtschaftsweise kennzeichnen und die dazu beigetragen haben, sie als „Kapitalismus“ zu bezeichnen, ist, daß in ihr nicht mehr jeder einzelne mit seinen eigenen Produktionsgütern (seinem eigenen Hof, seiner